

Stimmt es, dass...?

Erweiterte Fassung

Stimmt es, dass...Trump EU-Europa zerstören und die europäischen Länder unterwerfen will?

Spätestens seit der Reden des US-amerikanischen Vizepräsidenten J.D. Vance und des US-amerikanischen Außenministers Rubio auf den Münchner Sicherheitskonferenz 2025 und 2026¹ sowie der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA² vom November 2025 ist klar, dass die US-Regierung ein anderes Europa will: ein Europa, das von rechtsnationalistischen und rechtsextremen Parteien regiert wird; ein Europa, in dem die EU auf einen losen Zusammenschluss von Nationalstaaten zurückgebaut wird; ein Europa, das in allen politischen Fragen, besonders in Fragen des Handels und bei Regelungen der US-amerikanischen digitalen Großkonzerne, nicht mehr mit einer gemeinsamen Stimme spricht; ein Europa, dessen Nationalstaaten sich gegen kulturelle Vielfalt durch Grenzschießungen, durch Ausbürgerung von Menschen mit Migrationshintergrund und durch eine christlich-weiße patriarchale Ordnung auszeichnet.

Exponent dieses politischen Programms ist der Vizepräsident der USA J.D. Vance, was bedeutet, dass diese Ausrichtung der US-amerikanischen Politik nicht von der Person Trump abhängt und nicht mit ihm überholt sein wird. Aussitzen reicht in diesem Falle nicht. Vance bezeichnet sich selbst als „postliberal“, was nichts anderes heißt, als Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Gewaltenteilung hinter sich lassen zu wollen. Es ist das Programm der „Konservativen Revolution“, mit dem der CSU-Politiker und heutige Innenminister in Deutschland, Alexander Dobrindt, im letzten Jahrzehnt auch schon einmal geliebäugelt hatte.

Vance und sein Ideengeber, der Politikwissenschaftler Patrick Deheen, Professor an der Kath. Notre Dame Universität Indiana, bauen dabei auf das Naturrechtsverständnis Thomas von Aquins sowie das Ideengebäude des deutschen Staatsrechtlers und NSDAP-Mitglieds Carl Schmitt auf. Dieser hatte in den 1930er Jahren die theoretisch-juristische Rechtfertigung für einen Führerstaat geliefert und die Bildung von Einflussphären als Großraumordnung mit Interventionsverbot für sogenannte raumfremde Mächte propagiert. In seinen theologischen Schriften verweist Schmitt zudem auf die Gefahr des Antichristen, der die christliche Ordnung zerstört und damit der Apokalypse den Weg bereitet. Diese Gefahr kann nur gebannt werden, wenn sich dem der schon in der Bibel genannte Katechon entgegenstellt.³ Bedeutsam für heute ist zum einen, dass Deheen auch US-Verteidigungsminister Hegseth akademisch betreut hat. Auch der offen demokratie-feindliche Multimilliardär und Vance-Förderer Peter Thiel⁴ hat Deheens Weltsicht übernommen. Zum anderen

¹ Vgl. dazu Stark, Holger: Das erwachsene Land. Deutschland ohne Amerika – eine historische Chance, Berlin 2026, Teil I, Kap.5. Zur Analyse der Rede Rubios siehe: Hubert Wetzel: Rubios Botschaft, In: Süddeutsche Zeitung, 16.02.2026, S.4 und Stephen Holmes: Im Seidenstrumpf, abrufbar unter: https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/im-seidenstrumpf-8870/?utm_campaign=de_40_20260217&utm_medium=email&utm_source=newsletter

² Aufrufbar unter: <https://www.whitehouse.gov/uploads/2025/12>. Auch die neue Verteidigungsstrategie der USA unterstreicht diese Sichtweise.

³ Vgl. dazu Stark, 2026, und Voß, Carlotta: Für Gott und gegen das Böse. Die postliberale Ideologie: oder J.D. Vance verstehen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2025, 73-83.

⁴ Thiel ist Investor der deutschen Firma Stark Defence, bei der die Bundeswehr für 300 Mio € Kamikazedrohnen bestellen will. Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr.22, 28.01.2026, S.7.

sieht sich Trump selbst und sehen ihn Teile seiner Anhänger als Retter der Welt, als Katechon⁵, der mit allen Mitteln gegen diesen Verfall vorgehen darf!

Die sogenannten Postliberals gehen dabei von einem Scheitern der liberalen Moderne aus, „weil es ihr nicht gelungen sei, das sie tragende Versprechen eines guten Lebens für alle Bürgerinnen und Bürger einzulösen.“⁶ Als Konsequenz streben sie eine Überwindung des Liberalismus an⁷, d.h. sie sind „gegen die regulativen Ideen von Gleichfreiheit und historischem Fortschritt, gegen Republik und Gewaltenteilung.“⁸ Aus ihrer Sicht braucht es eine „zivilisatorische Erneuerung“ nach dem Zeitalter der Aufklärung, die sich nach dessen Zerfall oder Zerstörung ergeben müsse. Diese Erneuerung folgt dann allerdings ideell einer Ideologie, die letztlich „dieses aufgeklärte Verständnis des Menschseins heraus[fordert].“⁹ Carlotta Voß schreibt:

„Ihr Plädoyer für die ewige Weisheit antiker und biblischer Texte folgt einer alternativen Anthropologie, in der die ‚menschliche Natur‘ statisch ist: bestimmt von den immer gleichen Trieben und Lastern. Sie begründet eine konkrete und statische Vorstellung davon, was das gute Leben ist. Wer postliberale Texte liest, erfährt darüber in der Tat einiges: Ein gutes Leben soll eines der Demut und Selbstkontrolle sein; ein gutes Leben lebt, wer den Platz annimmt, der *ihm* oder *ihr* (biologisches Geschlecht ist für die Postliberals eine entscheidende individuelle Bestimmung) in der göttlichen Ordnung zugewiesen ist. Dass in dieser Kosmologie eine große politische Sprengkraft liegt, wird in der religiösen Sprache der Postliberals unmittelbar greifbar. Die Kategorien von Gut und Böse, von Sünde und Gottgefälligkeit imprägnieren die postliberalen Texte und rahmen die postliberale Gegenwartskritik.“¹⁰

Damit wird angelegt, dass die liberale Ordnung als teuflisch und krankhaft charakterisiert werden kann, die es auszumerzen gilt. Mancher Postliberal sieht sich als eine Art „Kreuzzügler“ und „als Vollstrecker eines göttlichen Auftrages, der ihn vom üblichen Gebot der Gewaltlosigkeit und Mitmenschlichkeit entbindet. ‚Deus lo Vult (Gott will es)‘ gilt als Leitspruch der Kreuzzüge...“¹¹

Angesichts dieser Vorstellung einer reinen, weißen, männlichen und gottgefälligen Ordnung wird verständlich, dass die Rede von Migration als „Invasion der Barbaren“, dass die Annahme, Frauen wegen ihrer Sentimentalität besser nicht in Entscheidungspositionen gelangen zu lassen, dass die Rede von Demokratie und einer besseren Welt, die auf gesundem Menschenverstand und dem natürlichen Anstand des Volkes aufbaut, immer davon ausgeht: „Menschenwürde ist im postliberalen Sinne relativ: Das Gebot, das ihr innewohnt, gilt nicht bedingungslos“, sondern ist abhängig davon, ob es einer bestimmten Ordnung dient, die durch „die überlegene Weisheit Weniger“¹² definiert wird und sich eben nicht durch den demokratischen Diskurs von Bürgerinnen und Bürgern herausbildet. Politisch bedeutet postliberales Denken, „dass politische Autorität in letzter Instanz in Gott seine

⁵ Vgl. dazu: Ismar, Georg/ Timmler, Vivien: Vordenker der Autokraten, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 19, 24./25.Januar 2026, S. 20.

⁶ Voß, S. 75.

⁷ Eine andere Konsequenz aus dieser in Teilen berechtigten Kritik wäre, die Postulate des Liberalismus materiell und prozedural auch in globalen Maßstab umzusetzen und vom Soll- in einen Ist-Zustand zu bringen, und eben nicht durch die Umdeutung und Abschaffung von Menschenwürde, Demokratie und Vielfalt, sondern durch deren Stärkung und Ausweitung eine bessere Welt zu schaffen.

⁸ A.a.O., S.75.

⁹ A.a.O., S.78

¹⁰ A.a.O., S.78

¹¹ A.a.O., S.79. Und es scheint kein Zufall zu sein, dass der US-Verteidigungsminister diesen Spruch auf seinen Arm tätowieren ließ.

¹² A.a.O., S. 80.

Legitimationsquelle hat...“ Sie „fordert ultimativ Demut und Gefolgschaft gegenüber den Mächtigen und verbietet Kritik.“¹³

Alles weit weg? Wer sich die US-Politik gegenüber EU-Europa ansieht, wer die offene Unterstützung wichtigster Personen um den US-Präsidenten Trump herum für die rechtsextremen Parteien in Europa (z.B. AfD in Deutschland, Reform UK in GB, PiS in Polen und die Regierung Orban in Ungarn) beobachtet, der kann erkennen, dass EU-Europa nicht nur von außen durch territoriale Ansprüche gegenüber EU-Staaten, durch einseitige US-Zölle zulasten der EU, durch das Erpressen unsinniger Energieimporte aus den USA und völlig unbegründeter und letztlich selbstschädigender Rüstungsausgaben in Höhe von 5 Prozent des BIP und durch die Finanzierung US-amerikanischer Rüstungsgüter zur Verteidigung der Ukraine niedergedrückt, sondern auch von innen heraus zersetzt werden soll. Rechtsnationalistische und rechtsextreme Parteien befördern das Ende der EU von innen heraus. Zum Zusammenhang von innen und außen ist zudem zu vermuten, dass die Folgen der heute betriebenen Politik (z. B. Zölle für die Automobil-Industrie, schuldenfinanzierte und exorbitante Rüstungsausgaben statt mehr Infrastruktur-, Bildungs- und Sozialpolitik) zugleich auch gesellschaftliche Krisen erzeugt oder verschärft, die rechtsextreme und rechtsnationalistische Parteien Zulauf verschaffen.

Dass diese Gefahr droht, haben Teile der politischen Klasse und wichtige Medien in Europa nach der Rede von Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2025 erkannt, andere erst im Januar 2026, als Trump seine Grönland-Pläne vorantrieb und diejenigen, die laut oder symbolisch Kritik daran übten, mit neuen Zöllen bedrohte¹⁴. Was Trump von Europa hält, wurde erneut in seiner Rede auf dem World Economic Forum in Davos¹⁵ deutlich. Auch wenn die Nato noch nicht aufgelöst ist, hat sie ihr Erscheinungsbild völlig verändert: konnte sie über die letzten Jahrzehnte das Bild aufrechterhalten, eine Allianz von weitgehend Gleichen zu sein, so tritt nun offen zu Tage, was in der Vergangenheit eher im Stillen vor sich ging¹⁶: offene Drohungen und Erpressungen seitens den USA und das Betteln der westeuropäischen Nato-Staaten - ähnlich mittelalterlichen Vasallen - um das US-amerikanische Verbleiben in der Allianz durch Zahlen (Rüstungsausgaben/ Zölle), Schweigen (zu Venezuela; zur US-Migrationspolitik) und Schmeicheln (z.B. ist für den Nato-Generalsekretär Trump der ‚Daddy‘, dem man sich mit Demut und Selbstkontrolle (s.o.) zu nähern hat.)

Natürlich steht EU-Europa vor der schwierigen Frage, wie man sich einem US-Präsidenten nähern sollte, der offen von Feinden spricht und auch davon, diese zu hassen. Das Carl Schmitt'sche Freund-Feind-Schema, das bei Schmitt Politik ausmacht, und Kampf um Macht bedeutet, scheinen der US-Präsident und seine Gefolgsleute auch gegenüber bisherigen Alliierten verinnerlicht zu haben. Als wohlwollender Hegemon, als welchen sich die USA gerne sahen, haben sich die USA unter Trump verabschiedet.

Wenn man mit den Kategorien des Postliberalismus die Welt betrachtet, dann wird verständlich, warum die EU als Organisation und Institution ins Visier der „Kreuzzügler“ einer konservativen Revolution gerät. Denn die EU gilt ihnen als Beispiel dieser liberalen Ordnung, da sie bisher noch weitgehend auf Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung setzt, da sie den Anspruch hat, Entscheidungen demokratisch zu treffen, da sie das Ziel des Wohlfahrtsstaates noch nicht aufgegeben hat, da sie ein anderes Politikmodell als das eines postliberalen Ständestaates verkörpert, und da sie ökonomisch und geopolitisch bedeutsam ist. Obwohl es zwischen den USA und

¹³ A.a.O., S. 82.

¹⁴ Vergleiche dazu: Hubert Wetzel: Trumpüberfall, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 19, 24./25. Januar 2026, S.11-13.

¹⁵ Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=MgwNjmmY9ok>

¹⁶ Vgl. dazu ausführlich und im Detail: Stark, Teil II, Kap. 2-5.

der EU schon immer Interessenunterschiede gab, die die US-europäischen Beziehungen seit dem 2. Weltkrieg prägten und oft auch zu heftigen Konflikten führten, ist es heute Feindschaft und Verachtung, die der EU als politischem Projekt entgegentritt. Es handelt sich heute nicht mehr um Konflikte zwischen liberalen Staaten und Organisationen, d.h. zwischen Konfliktparteien die zumindest einige wenige Grundverhaltensweisen teilten und sich nicht als Feinde sahen. Vielmehr sehen sich die EU-Staaten jetzt auch einer unberechenbaren Großmachtpolitik seitens den USA ausgesetzt.

Um dieser begegnen zu können, steht derzeit von allen Seiten vor allem die Forderung im Raum, dass sich die EU militärisch durch eine europäische Verteidigungspolitik, einschließlich eines europäischen Atompotentials, und einer eigenen Rüstungsindustrie „politikfähig“ machen müsse. „Wir müssen die Sprache der Macht sprechen lernen“, so Bundeskanzler Merz im Januar 2026 vor dem Deutschen Bundestag. Das Spektrum derjenigen, die diese Empfehlung abgeben, umfasst fast das gesamte Meinungs- und Parteienspektrum in Europa und schließt in Deutschland auch einen Joschka Fischer, Herfried Münkler, Navid Kermani und selbst Jürgen Habermas ein.

Dabei wäre es viel wichtiger, darüber nachzudenken, wie sich die EU in solch einer Welt behaupten kann, ohne selbst zu einer unberechenbaren und gewaltbereiten Großmacht zu werden. Der erste und wichtigste Schritt wäre, eine Art „autozentrierte Entwicklung“ anzustreben, wie sie in den 1980er Jahren für die abhängigen Staaten des Globalen Südens von dem Friedens- und Entwicklungsforscher Dieter Senghaas empfohlen wurde. Dies hieße, eine sich selbst tragende europäische Wirtschaft zu fördern, die auf die Bedürfnisse der europäischen Bevölkerungen ausgerichtet ist und sich über den europäischen Binnenmarkt erhält. Dies schließt zudem ein, ähnlich wie Dänemark, weitgehend Energie-autark durch den Ausbau derjenigen erneuerbaren Energiequellen zu werden, über die die EU-Länder selbst verfügen. Aber auch die Lebensmittelversorgung müsste die EU aus sich heraus gewährleisten können. Dies alles bedeutet aber nicht, die bestehenden politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Verbindungen zu Nicht-EU-Ländern aufzulösen. Sie müssen jedoch diversifiziert und als symmetrische Interdependenz angelegt werden, die ein Geben und Nehmen möglich macht, das sowohl dem globalen Gemeinwohl als auch der EU dient. Solche Interdependenzen lassen sich nicht expansiv oder gar erpresserisch nutzen. Damit würde es für die EU möglich, neue Kooperationspartner zu finden. Den heutigen Großmächten würde programmatisch, verbal und prozedural etwas entgegengesetzt.

Die EU erscheint stark genug, eine solche symmetrische Interdependenz mit anderen Regionen der Welt zu fördern, indem der Welt eigene Dienstleistungen angeboten und unbotmäßigen Forderungen von Großmächten durch auch für sie kostspielige Verweigerungen Grenzen gesetzt werden. Das Gewicht der EU ergibt sich

- durch eine von den USA nicht mehr bevormundete Politik,
- durch die Möglichkeit, Freihandelsabkommen mit kooperationswilligen Ländern abzuschließen,
- durch einen bedeutenden Markt, der sich öffnen und schließen lässt, und der auch – wie im digitalen Bereich - Fremdeinflüsse regulieren kann,
- durch die Beherbergung des SWIFT-Systems, das den internationalen Zahlungsverkehr regelt,
- durch eine Veto-Position im UN-Sicherheitsrat,
- durch ihre Vernetzung mit allen Staaten in allen wichtigen internationalen Institutionen,
- durch ihren Ruf als weitgehend zivile Macht,
- durch die Möglichkeit, Sanktionen zu verhängen,
- durch die Möglichkeit, den Zahlungsverkehr mit der EU ausschließlich in Euro vorzunehmen,

- durch die Möglichkeit, ihre Funktion als unsinkbarer Flugzeugträger für die US-Streitkräfte aufzukündigen,
- durch die Möglichkeit, das in den USA gelagerte deutsche Gold abziehen,
- durch die Möglichkeit, keine weiteren US-Anleihen zu übernehmen oder stattdessen gar welche zu verkaufen, mit denen nur die Überrüstung der USA finanziert wird,
- durch die Fähigkeit der Geheimdienste, auch US-amerikanische Präsidenten abzuhören¹⁷,
- durch die Entscheidung, Waffensysteme selbst herzustellen, statt sie in den USA zu kaufen und - dies steht hier ausdrücklich als Kontrapunkt zur derzeitigen Debatte an letzter Stelle -
- durch die Möglichkeit, ein eigenständiges Abwehrpotential gegen Invasoren im Sinne einer defensiven oder sozialen Verteidigung aufzubauen¹⁸.

Es gibt also viele Möglichkeiten, eine selbstbewusste und eigenständige Politik zu betreiben. Dabei wird eine solche neue Politik des „Ausgangs aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit“ – wie jede Änderung des Status quo - nicht nur gedankliche Anstrengungen, sondern auch materielle Kosten verursachen. Diese sind allerdings abzuwägen gegen die Kosten, die bei einer Fortschreibung der Abhängigkeit und einer imperialen Aufspaltung für die EU-Staaten anfallen.

Doch wir beobachten: Der Fokus der Debatte liegt derzeit fast ausschließlich auf dem Erwerb militärischer Stärke und dem Bestreben, die „Sprache der Macht“ sprechen zu lernen. Die Annahme, sich durch die derzeitige und geplante Aufrüstung als EU behaupten zu können, muss jedoch hinterfragt werden.

(1) Steckt hinter der Aufrüstung die Annahme, irgendwann mit den Militärpotentialen der USA und Chinas mithalten zu können? Oder konkret gewendet: soll die EU Grönland gegen die USA verteidigen können? Wieviel und was muss dann realistischerweise aufgerüstet werden und ist das möglich?

(2) Erhöht ein wie auch immer ausgestaltetes europäisches Atompotential tatsächlich das politisch-diplomatische Gewicht der EU gegenüber anderen Großmächten? Setzt es nicht vielmehr weltweit eine Weiterverbreitung von Atomwaffen in Gang, die wiederum die Wahrscheinlichkeit deren Einsatzes erhöht? Und bringt die EU dadurch nicht die Völkerrechtsordnung weiter zum Einsturz, indem der Atomwaffensperrvertrag, bei dem über 190 Staaten Mitglied sind, faktisch aufgekündigt wird?

(3) Ist die Hoffnung haltbar, dass die EU nicht selbst auch jenem Politikstil nach außen und sogar nach innen verfällt, wenn sie davon ausgeht, einer nationalistischen macht- und gewaltbasierten Erpressungspolitik nur militärisch widerstehen zu können?

(4) Unterschätzt eine prioritär militär-gestützte Politik nicht die Folgen, die darin bestehen, ungeheure Ressourcen für den Ausbau eines schon vorhandenen Militärpotentials zu verbrauchen, statt sich v.a. um eine regelbasierte und kooperative Ordnung zur Bewältigung der Weltprobleme zu bemühen und um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der EU zu kümmern?

(5) Unterschätzt dieser Ruf nach einer militärisch mächtigen EU nicht die zivilen Potentiale, die die EU zur Sicherung der eigenen Interessen in die Weltpolitik einbringen kann? Erwächst Selbstvertrauen und politische Bedeutung vor allem aus militärischer Macht - und wenn ja, auf welches Weltbild und welche Geschichtsvergessenheit weist das hin?

¹⁷ Vgl. dazu: Stark, Holger: Das erwachsene Land, Berlin 2026, S. 254.

¹⁸ Vgl. dazu: „Stimmt es, dass die derzeitige Sicherheitspolitik alternativlos ist?“, abrufbar unter: aufbruch-zum-frieden.de

Die EU-Politik der Vergangenheit lehrte etwas anderes. Europäische Politik, die einem Aufbruch zum Frieden verpflichtet ist, muss sich deshalb nicht von Großmächten über den Tisch ziehen und zu einer selbstschädigenden Machtpolitik zwingen lassen.

(Stand: 18.02.2026)